

DIE POLITIK VON BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – ANSPRUCH UND WIRKLICHKEIT

Viele unserer Ziele und Vorhaben, die wir im SPD-Zukunftsprogramm beschlossen haben, überzeugen auch die Grünen. So wird zum Beispiel die SPD-Idee, die Arbeitslosenversicherung zu einer „Arbeitsversicherung“ mit einem Recht auf Weiterbildung zu reformieren, im Programm der Grünen kopiert. Aber es ist ja sinnvoll, dass es in der Politik keinen Schutz geistigen Eigentums gibt und sich gute Ideen durchsetzen. Doch dort, wo wir in den Zielen Schnittmengen haben, unterscheiden wir uns doch häufig beim Weg dahin. Für uns gehört der Weg zwingend dazu, er muss machbar sein. Reden allein ändert nichts – und wenn Versprechen keine Taten folgen, schwindet Vertrauen.

Die Grünen reden über Ziele und kümmern sich entweder gar nicht um den Weg oder kneifen. So reden sie im Bund von mehr sozialem Wohnungsbau und mehr Windrädern – in den Ländern, in denen sie regieren oder mitregieren, verhindern sie das, um Spazierwege zu erhalten oder Pflanzen zu schützen. Sie reden von einem Verbot für Autos mit Verbrennermotoren, haben aber keinen Vorschlag, wie Bürgerinnen und Bürger, die sich kein E-Auto leisten können und in einer ländlichen Gegend ohne Regionalbahn leben, zur Arbeit kommen sollen. Sie wollen einen Fonds mit gepumptem Geld, sagen aber nicht, wofür es genau verwendet werden soll. Sie wollen raus aus der Kohleverstromung, kümmern sich aber nicht um neue Jobs für die Betroffenen.

Für uns ist klar: Die großen Herausforderungen unserer Zeit lassen sich nur mit einem Plan lösen, der alle mitnimmt. Der sozial ausgewogen ist. Nur dann, wenn wir alle gemeinsam anpacken und so die Zuversicht schaffen, dass alle eine gute Zukunft und gute Arbeit haben werden. Das ist eine Frage des Respekts. Wir wollen, dass allen Bürgerinnen und Bürgern am Kabinetttisch gehört werden. Dass alle sich auf Augenhöhe begegnen und gesehen werden. Das ist der Weg der SPD – mutig, solidarisch, gerecht. Wir sagen ehrlich, wo wir hinwollen – und auch, was das für alle bedeutet. Dafür braucht es einen Kanzler, der all das auch kann: Olaf Scholz.

KLIMASCHUTZ



SO WIE WIR

wollen die Grünen den Weg zu einem klimafreundlichen Land beschleunigen. Die SPD hat in der Regierung dazu bereits durchgesetzt, dass wir ambitionierte Klimaziele für 2030 und 2040 haben und bis spätestens 2045 klimaneutral sind.



ANDERS ALS WIR

setzen die Grünen auf dem Weg zu einem klimaneutralen Land und einer klimaneutralen Wirtschaft und Industrie zu sehr auf ein einzelnes Instrument, einen höheren Preis auf CO². Sie verabschieden sich damit von der noch im Dezember 2019 gemeinsam mit der Regierung vereinbarten Linie für einen verlässlichen Pfad der Preisgestaltung. Im Klimaschutzgesetz haben wir verankert, dass der CO²-Preis in den kommenden Jahren beständig steigen wird. Der Beginn ist im Januar 2021 gemacht worden mit einem Einstiegspreis von 25 Euro pro Tonne CO² – das entspricht etwa 7 Cent pro Liter Benzin oder knapp 8 Cent pro Liter Diesel und Heizöl. Es ist klar, ohne CO²-Bepreisung

kann es nicht gehen, weil diese eine Lenkungswirkung hat. Sie ist ein flankierendes Instrument, aber nicht das einzige. Wir wollen so lenken, dass alle die Kurve gut kriegen und nicht das Lenkrad einfach herumreißen. Deshalb haben wir 2019 vereinbart, dass der CO²-Preis im kommenden Jahr auf 30 Euro je Tonne steigen wird, 2023 auf 35 Euro. Das Signal ist klar. Und wir wollen, dass zunehmend erneuerbar erzeugter Strom billiger wird und daher die bestehende Umlage für erneuerbaren Strom in Zukunft aus dem Haushalt finanzieren. Frau Baerbock möchte, dass der Preis für die Tonne CO² bereits [2023 auf 60 Euro](#) steigen soll. Mit anderen Worten: Schon in anderthalb Jahren würde Benzin mindestens 16 Cent pro Liter mehr kosten, Diesel und Heizöl gut 18 Cent.

Ein so dramatischer Anstieg in so kurzer Zeit wird es vielen Bürgerinnen und Bürgern jedoch nicht ermöglichen, sich anzupassen. Eine neue Heizung oder ein neues Auto in eineinhalb Jahren zahlen die meisten einfach nicht aus der Portokasse. Einseitige Belastungen für Menschen mit mittleren und geringen Einkommen wird es mit der SPD nicht geben. Höhere Preise oder Belehrungen allein schaffen keine Klimawende. Für uns liegt der Vorrang im Aufbau der Alternativen – von mehr Ladesäulen für E-Autos über mehr erneuerbaren Strom bis zu einer klimaneutralen Produktion von Stahl.

MODERNE MOBILITÄT



SO WIE WIR

wollen die Grünen eine Mobilitätswende. Der Mobilitätsplan ist eine von Olaf Scholz' Zukunftsmissionen. Dazu gehört eine Mobilitätsgarantie für die Bürger*innen, der Ausbau des Schienennetzes und weitere Anreize, den Bahnverkehr zu vergünstigen – die Mehrwertsteuer auf Bahntickets haben wir ja bereits von 19 auf 7 Prozent gesenkt –, ein Austauschprogramm für klimaneutrale Busse und Bahnen, ein Ladenetz mit über einer Million Ladepunkten für E-Autos und vieles mehr. Hier haben wir viele Gemeinsamkeiten.



ANDERS ALS WIR

setzen die Grünen auf dem Weg zur modernen Mobilität zu sehr auf [Symbolpolitik](#). Eine Jahreszahl für ein Verbrenner-Verbot ist plakativ, ersetzt aber keine seriöse Politik. Für uns geht es darum, klimafreundliche Alternativen für alle zu ermöglichen. Es geht nicht um weniger Mobilität, sondern um klimafreundliche Mobilität. Dazu müssen viele Räder, von der Bahn über E-Busse, E-Autos und E-Roller oder Bikes, ineinandergreifen. Das Ende des Verbrenners ist an die Existenz von Alternativen gekoppelt – und zwar ganz konkret: in der Stadt und auf dem Land, bei Gebrauchtwagen und bei Neuwagen, mit einer flächendeckenden Ladeinfrastruktur. Genau das ist unsere Mission, nicht der Überbietungswettbewerb bei Jahreszahlen für Verbote.

INVESTITIONEN



SO WIE WIR

wollen die Grünen dauerhaft hohe staatliche Investitionen in eine klimafreundliche Infrastruktur, in moderne und digitale Schulen. Damit sichern wir unseren Wohlstand der Zukunft und dafür sind große Summen notwendig. Olaf Scholz hat als Finanzminister in den vergangenen vier Jahren die Investitionen des Bundes auf 186 Milliarden Euro erhöht, das sind 53 Prozent mehr als zuvor

unter einem CDU-Finanzminister. Bis 2025 wollen wir jedes Jahr 50 Milliarden Euro in konkrete Projekte investieren.



ANDERS ALS WIR

erklären die Grünen bisher nicht, wofür sie ihre zusätzlichen Investitionen konkret verwenden wollen, geschweige denn, wie sie finanziert werden sollen. Unsere Investitionen lassen sich sofort umsetzen, weil sie innerhalb der geltenden Vorgaben des Grundgesetzes und der EU möglich sind und schon ganz konkret in der Finanzplanung des Bundes stehen. Die Grünen bauen ihre große Finanzierungslücke entweder ganz bewusst so auf, dass sie vor der der Schuldenregel des Grundgesetzes keinen Bestand hat – oder aber sie [planen, dass sie eine Zweidrittel-Mehrheit zur Änderung der Verfassung bekommen](#). Beides ist unseriös, denn die vor uns liegenden Jahrhundert-Herausforderungen verlangen nicht nach losen Versprechungen, sondern konkret umsetzbaren Maßnahmen. Deshalb ist uns wichtig, dass die Investitionen fließen und ankommen. Und anders als die Grünen planen wir Investitionen in die Infrastruktur auch nicht, um sie [dann in den Ländern](#) an nicht erteilten Genehmigungen und Bewilligungen scheitern zu lassen.

WOHNEN



SO WIE WIR

haben die Grünen bezahlbaren Wohnraum als eine der wichtigsten sozialen Fragen benannt – und zwar nicht mehr nur in den Metropolen. Olaf Scholz hat als Finanzminister 5 Milliarden zusätzlich für den sozialen Wohnungsbau der Länder bereitgestellt – und als sein erstes Gesetzesvorhaben zu Beginn der Legislaturperiode die dafür nötige Änderung des Grundgesetzes vorgelegt. Schon als Bürgermeister hat er in Hamburg durch massiven Neubau – insbesondere auch von Sozialwohnungen – eine Mietenwende herbeigeführt. Die SPD will erreichen, dass Mieten in abgespannten Lagen nur noch so stark wie die Inflation steigen dürfen, wir wollen jedes Jahr 400.000 neue Wohnungen bauen, davon 100.000 Sozialwohnungen.



ANDERS ALS WIR

stellen sich die Grünen zwar in der Öffentlichkeit auf die Seite der Mieter*innen, setzen es in der Praxis vor Ort aber nicht um. Bei den Grünen unterliegt das Interesse einer Familie nach bezahlbarem Wohnraum oft den Interessen derer, die keine Wohnungssorgen mehr haben und lieber vor der eigenen Tür [spazieren gehen](#) möchten oder einem kompromisslosem [Pflanzenschutz](#). Mieterschutz versus Besitzstandwahrung: auch darüber kann im September abgestimmt werden. Wohnraum braucht Bauland, anders geht es nicht. Man kann sich nicht als Kämpfer gegen steigende Mieten gerieren, dann aber vor Ort bei jeder Initiative mitmachen, die Neubauprojekte verhindert. Baden-Württemberg mit grün-schwarzer Regierung hat [2018 gerade mal 1.380 Neubauförderungen](#) geschafft – Hamburg mit 3.001 mehr als doppelt so viele. Im Verhältnis zur Bevölkerung sind das fast zehnmals mehr.

GRÜNE VERSPRECHEN – SCHWARZ-GRÜNE REALITÄT

Die Realität Grüner Regierungsbeteiligung sieht anders aus als ihre lauten Forderungen im Bund suggerieren. Sobald sie gemeinsam mit der CDU regieren, vergessen sie, was zum Beispiel im Bereich Energie- und Klimapolitik nötig ist. Kompromisse gehören in jeder Koalition dazu – das wissen wir. Aber dann muss man auch zu ihnen stehen und nicht im Bund laut etwas einfordern, was man in den Ländern selber nicht tut.

Klimaschutz in Baden-Württemberg: Im Verkehrsbereich sind in dem Grün-geführten Flächenland seit dem Jahr 2011 die CO²-Emissionen angestiegen und alle gesteckten Ziele wurden verfehlt. Im Bund fordern die Grünen den deutlich schnelleren Ausbau der Windenergie, doch dort, wo sie konkret Verantwortung tragen, wird kaum etwas genehmigt: Bei der Anzahl der neu zugebauten Windkraftanlagen hat [Ba-Wü im Jahr 2020 gerade einmal 12](#) geschafft – das kleinere Nachbarland Rheinland-Pfalz 26, Brandenburg z.B. 70 . Auf Bundesebene wird lautstark erheblich mehr Ausbau von Groß-Photovoltaik verlangt, doch in Baden-Württemberg hat man sich erst jetzt, nach 10 Jahren grüner Regentschaft, im Koalitionsvertrag darauf verständigt, alle Neubauten mit PV-Anlagen auszustatten.

Sozialer Wohnungsbau: Baden-Württemberg hat in den letzten drei Jahren ([2018 bis 2020](#)) den Neubau von insgesamt 54 Sozialwohnungen je 100.000 Einwohner begonnen. In [Hessen](#) sind es 68 Sozialwohnungen je 100.000 EW, in [Schleswig-Holstein](#) 106 Sozialwohnungen je 100.000 EW. Das geht auch anders: [Hamburg](#) hat im selben Zeitraum fast 500 Neubauwohnungen je 100.000 Einwohner gefördert und knapp 10.000 Sozialwohnungen fertig gestellt.

NSU-Akten in Hessen: Im Bund erklären Bündnis 90/Die Grünen, wie wichtig ihnen der Kampf gegen Rechtsextremismus sei – und auch das Thema Transparenz. Sobald es konkret wird, ist davon nichts mehr zu sehen. In Hessen etwa wird die Freigabe der [Akten des NSU-Untersuchungsausschusses blockiert](#). Dies verhindert die Aufarbeitung und Aufklärung dieser menschenverachtenden Morde durch Rechtsextreme.

Die grün-schwarze Bildungspolitik in Ba-Wü: Das Land ist mit 25,1 % im Vergleich aller Bundesländer Schlusslicht in der Ganztagsbetreuung bei Kindern zwischen 3 und 6 Jahren (Bundesschnitt 49,6%). Es liegt auf dem vorletzten Platz bei der Ganztagsbetreuung der Grundschul Kinder (18,9 % im Jahr 2018, Bundesschnitt 42 %) und ist Schlusslicht bei der Schüler-Lehrer-Relation an Grundschulen. Und auf dem vorletzten Platz bei der Ausstattung der Schulen mit sehr schnellen Gigabitverbindungen. Und Ministerpräsident Winfried Kretschmann hat monatelang seine Unterschrift unter die Vereinbarung für ein Investitionsprogramm über 750 Millionen Euro zum Ausbau ganztägiger Bildungs- und Betreuungsangebote für Grundschul Kinder verweigert, die die anderen Länder längst unterschrieben hatten. Andere Länder kriegen viel mehr hin, und dass obwohl Ba-Wü ein vergleichsweise reiches Land ist. Im Ranking der [Steuereinnahmen pro Kopf](#) liegen sie von allen Flächenländern auf Platz 2 hinter Bayern.

Eine fortschrittliche und sozial gerechte Politik gibt es nur mit der SPD und Olaf Scholz im Kanzleramt. Schwarz-Grün ist keine Lösung für Zukunft unseres Landes.